

07. Dezember 2022

**Schriftliche Anfrage**

von Roger Suter (FDP)  
und Deborah Wettstein (FDP)

In den ehemaligen „Gammelhäusern“ Neufrankengasse 6 und 14 kommt es vermehrt zu Vorfällen zwischen Bewohnenden der „Beaufsichtigten Wohnintegration“ und Nachbarn. So schreien zu jeglicher Tag- und Nachtzeit immer wieder drogenkonsumierende Personen in Gargeneinfahrten und Hinterhöfen umher.

Es wird an Busstationen gebettelt, eine männlich gelesene Person steht mit heruntergelassenen Hosen auf dem Trottoir und nimmt seine Umwelt nicht mehr wahr. Bewohnende der „Beaufsichtigten Wohnintegration“ bettelten Eltern mit einem Kind an. Nachdem kein Geld gegeben wurde, wurde damit gedroht, das Kind zu vergewaltigen.

Wöchentliche Polizeieinsätze vor und im Gebäude Neufrankengasse sorgen nur für kurzen Frieden zwischen den „Bewohnenden“ und „Anwohnenden“.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Da der Polizeieinsatz nur kurz für Frieden sorgt, was kann unternommen werden, dass sich die Drogenszene nicht ausbreitet?
2. Viele Bewohnende der „beaufsichtigten Wohnintegration“ leiden an einer psychischen Erkrankung.  
Warum ist diese Einrichtung der richtige Ort für diese Personen?
3. Psychische Erkrankungen und „Suchtproblematik“ (Drogen und Alkohol) sind eine gefährliche Mischung. Wie wird sichergestellt, dass diese Personen keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen? (Polizeieinsätze sorgen nur für kurzen Frieden.)
4. Warum ist es sinnvoll, 70 Personen welche „therapieresistent“ sind, am selben Ort zu betreuen?  
Wäre es nicht sinnvoller diese auf private und öffentliche Institutionen zu verteilen?
5. In den letzten Jahren hat das Langstrassenquartier eine massive Aufwertung erfahren. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, dass diese Aufwertung erhalten bleibt?

